

& betrieb gewerkschaft Intern

Ausgabe 3/Juli 2008/11. Jahrgang

www.betriebundgewerkschaft.de

Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE

Wenn der Strom abgestellt wird,

geht nicht nur das Licht aus, der Kühlschrank wird warm, die Waschmaschine läuft nicht mehr, der Herd bleibt kalt – ein normales Leben wird unmöglich.

8.430 mal wurde Duisburger Haushalten im Jahr 2007 der Strom gesperrt. Hauptbetroffene sind Überschuldete und Bedürftige.

„Im Rahmen der Gleichbehandlung“ wird selbst für Alte, Familien mit Kleinkindern und Dauerranke keine Sonderregelung gemacht, so die Auskunft der Stadtwerke.

Nach einer Studie der Universität Duisburg-Essen bereits über 50 Sondertarife anbietet. Dabei geht es überwiegend um Sonderkonditionen für Großverbraucher, d. h., diese Sondertarife gehen natürlich zulasten der Kleinverbraucher, also der Duisburger Privathaushalte. Wer sonst zahlt den Ausgleich? Wer fragt da nach Gleichbehandlung?

Werner Roming

DIE LINKE muss ihre eigene Sprache finden Zum 1. Parteitag DIE LINKE

Zu den herausragenden Ereignissen des Cottbusser Parteitages gehört zweifelsohne die Rede von Oskar Lafontaine in der er viele wichtige Orientierungen für DIE LINKE setzte. So z.B. „... die Herausforderung an die LINKE ist folgende: Wer die Sprache der Herrschenden spricht, verfestigt die bestehenden Zustände.... Das ist eine große Herausforderung.

Ein Standardbeispiel für diesen Mechanismus ist der Begriff Lohnnebenkosten. Alle mit uns konkurrierenden Parteien wollen die Lohnnebenkosten senken. Das heißt, sie wollen das Geld, ..., für Rentner, Arbeitslose, Kranke und Pflegebedürftige kürzen. Ein einziger Begriff, nicht die Politikerin-

nen und Politiker, ich sage das jetzt sehr zugespitzt, ein einziger Begriff bestimmte ganz wesentlich die Politik der letzten Jahre. ... Wer einen modernen Politikentwurf präsentieren will, muss sich mit dem Kapitalismus im neuen Gewande, dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus auseinandersetzen, denn dies ist die entscheidende Frage unserer Zeit: Wie begegnet Politik dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?“

Zu den inhaltlichen Pluspunkten gehört ohne Zweifel auch, dass der Leitantrag angenommen wurde inklusive des im Vorfeld umstrittenen Teils zum Zukunftsinvestitionsprogramm.

Natürlich spielten in der General-

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| G. Kemski: DIE LINKE muss ihre eigene Sprache finden | S 1 |
| M. Lätzsch: Bundestreffen 21./22. Juni in Kassel | S 2 |
| G. Kemski: Der politische Streik (Buchtipps) | S 4 |
| Beschlüsse des Bundestreffen | B 1 - B 4 |
| Aus den Ländern | |
| • Berlin | S 5 |
| • Baden-Württemberg | S 8 |
| • Hamburg | S 9 |
| • Hessen | S 9 |
| • Nordrhein-Westfalen | S 10 |
| • Sachsen-Anhalt | S 11 |
| Kontakte und Terminplaner | S 12 |



debatte auch die aktuellen Auseinandersetzungen eine Rolle. So positionierte sich unsere Delegierte *Sabine Wils* in ihrem Beitrag sehr deutlich zu den reaktionären Urteilen des EUGH zu den Arbeitnehmerrechten. Gleichwohl stellte diese Generaldebatte eigentlich keine echte Debatte dar.

Erwähnt werden muss auf jeden Fall, dass ver.di-Kolleginnen und Kollegen aus Berlin vor dem Parteitagsgebäude für ihre Forderungen gegenüber dem Berliner Senat demonstrierten. Einige kamen auch in den Tagungssaal. So nahm der Gesamtpersonalratsvorsitzende in der Reihe unserer Delegierten aus der AG Betrieb und Gewerkschaft Platz.

Dennoch ist es aus verschiedenen Gründen nicht gelungen durchzusetzen, dass er auf dem Parteitag reden konnte. Noch frappierender ist es aber, dass ein Initiativantrag unsererseits, der die Forderungen der Berliner Kolleginnen und Kollegen unterstützte durch geschickte Regie aus Zeitgründen nicht mehr im Plenum behandelt werden konnte und nun, wie andere Anträge auch beim Parteivorstand liegt. ...

Was den Parteivorstand angeht, so hatten wir den Auftrag uns für die Wahl von *Ulrike Zerhau* zur stellvertretenden Vorsitzenden sowie für die Wiederwahl von *Heidi Scharf*, *Ralf Krämer* und *Michael Schlecht* in den Parteivorstand einzusetzen. Das haben wir in

organisierter Form auch getan. Bis auf *Ralf Krämer* ist dies auch gelungen.

Die Tatsache, dass Ralf nicht wiedergewählt wurde als auch die nicht überragenden Stimmzahlen der Übrigen, haben neben anderen Ursachen auch deutlich gemacht, dass auch bei vielen Delegierten des Parteitages die Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften nicht klar ist. Hier liegt eine wichtige Aufgabe der AG in nahezu allen Bundesländern. Der Europawahlparteitag wird zeigen ob wir da weitergekommen sind.

Auf der ersten Sitzung des neuen Parteivorstandes wurden *Heidi Scharf* und *Michael Schlecht* erneut zu gewerkschaftspolitischen SprecherInnen des Parteivorstandes gewählt. Somit haben wir zumindest hier die Möglichkeit an bereits geleistete Arbeit anzuknüpfen.

Die nächste gemeinsame Herausforderung der AG Betrieb und Gewerkschaft wird mit Sicherheit die Gewerkschaftskonferenz am 6./7. Februar 2009 (vermutlich in Peine) zu den Europawahlen sein.

Gerald Kemski
Bundessprecher



Bericht vom Bundestreffen der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft der Partei DIE LINKE, am 21./22. Juni 2008 in Kassel.

(Und was ist eigentlich „Hobbel - Bobbel“?)

„Das Ganze ist mehr als nur die Summe seiner Teile – Modularisierung der Berufsausbildung“.

So lautete das erste Schwerpunktthema. Hierzu wurde Jörg Ferrando (IG Metall-Vorstand, Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik) eingeladen. Er stellte in seinem Eingangsreferat den aktuellen Stand zum Thema „Modularisierung der Berufsausbildung“ dar. Sehr engagiert holte er die TeilnehmerInnen in das Thema. Die nachfolgende Aussprache entwickelte sich zu einer lebhaften Diskussion über die Be-

rufsausbildung, an der sich viele beteiligten.

„Die Bundesarbeitsgemeinschaft B&G beobachtet mit Sorge die Entwicklung in der europäischen Berufsbildungspolitik und die Angriffe auf die duale Berufsausbildung. Von der allgemeinen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, läuft auf europäischer Ebene eine Expertendiskussion über die Europäisierung über die berufliche Bildung. Dies allein ist sicherlich erst einmal lobenswert. Doch beim genaueren Hinsehen verbirgt sich hinter den Plänen ein radikaler Umbau der Berufsausbildung in der Bun-



desrepublik...“; so lauten die ersten Worte der Entschließung des Bundestreffens, welche mit überzeugender Mehrheit verabschiedet wurde.

Somit bekennt sich die Bundesarbeitsgemeinschaft zur dualen Ausbildung und spricht sich gegen eine Modularisierung der Berufsausbildung aus. Keine Zerstückelung der Ausbildung! Die Entschließung befasst sich jedoch nicht ausschließlich mit der Modularisierungsoffensive, sondern mit der Berufsausbildung insgesamt. Das eine geht nun mal nicht ohne das Ganze....

Im zweiten Schwerpunkt des Samstages, berichtete Ralf Krämer über den Stand der Debatte, zum Parteiprogramm der Partei DIE LINKE. Ralf ist Mitglied der Programmkommission. U. a. wird in der Debatte ein historischer Abriss der neugegründeten Partei diskutiert. Hier sind unterschiedliche Sichtweisen in Ost und West erkennbar, die aber für das Zusammenwachsen auch wichtig sind. Auch die Frage nach der Unterscheidung von den anderen Parteien, wird in der Programmatik aufgeworfen (so z. B. Antikriegspartei, systemfragestellende Partei ...). In der regen Diskussion, nach dem Input von Ralf Krämer; wurden dazu von den Teilnehmern weitere Themen genannt, u. a.: Regierungsbeteiligung der LIN-



KEN, Wirtschaftsdemokratie oder wie wir zu Privatisierungen stehen.

Auf jeden Fall wird die Debatte spannend und hoffentlich für uns richtungsweisend. Wir werden uns rege daran beteiligen!

Am zweiten Tag des Bundestreffens wurden die Anträge behandelt. So wurde eine „Positionierung der Bundes-AG B&G vor den Wahlen 2009“ beschlossen. Weiterhin wurde ein Brief an die Bundestagsabgeordneten beschlossen. Dessen Inhalt ist u. a. eine Aufforderung, für die Mitarbeiter der Abgeordneten eine Interessenvertreterwahl einzuleiten.

Im Anschluss erläuterte Gerald Kemski im Bericht des BundessprecherInnenrates, Geleistetes und neue Arbeitsvorhaben. Im September wird sich die Bundesarbeitsgemeinschaft in Würzburg und im November in Fulda treffen. Schwerpunkte für Würz-



burg werden die Rentenkampagne und die Antiprivatisierungskampagne bzw. Fragen zur Re-kommunalisierung sein. Für das Jahr 2009 sind zwei gewerkschaftspolitische Konferenzen geplant.

Im Zuge dessen und mit den weiteren anstehenden und zu lösenden Arbeitsaufgaben, schlug Gerald Kemski im Namen des SprecherInnenrates vor; in Würzburg über eine Verschiebung der SprecherInnenwahl auf das Jahr 2009 zu entscheiden. Dieses sollte in den Landesarbeitsgemeinschaften diskutiert werden und bis Ende August 2008 dem BundessprecherInnenrat mitgeteilt werden.

Zum Abschluss folgten die Berichte aus den verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften. Man war sich einig, trotz der unterschiedlichen Strukturen; das Treffen war wieder sehr belebend für unseren täglichen Kampf. Würzburg wir kommen!

(Aber was war noch mal „Hobbel – Bobbel“? Bratkartoffeln mit Speck und Ei. So ist das in Hessen, geschmeckt hat es.)

*Mike Lätzsch
Bundessprecher*

Wir waren dabei!

Auch in diesem Jahr war die AG B&G wieder mit einem Info-Pavillon beim Pfingstcamp der Partei Die Linke am brandenburgischen Werbellinsee vertreten. Die langjährig bewährte Kooperation von GenossInnen aus Bayern und Berlin war Garant dafür, dass der Infostand stets gut besetzt, aber auch gut besucht war. Das hier durchgeführte Gewerkschaftsquiz, in welchem 10 Fragen zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen zu beantworten waren, hat schon Tradition. Die Einzelgewerkschaften spendeten auch dieses Jahr wieder recht großzügig Preise für das Quiz, welche wie in jedem Jahr heiß begehrt waren. In den Gesprächen mit den TeilnehmerInnen am Infostand wurde deutlich, dass sich nicht nur viele schon auf den „Ratespaß“ gefreut hatten, sondern seither auch offener mit solchen tagespolitischen Themen umgehen. Viele machten von unserem Angebot, mittels Studium unserer letzten Ausgaben der Zeitung „betrieb&gewerkschaft“ die Aufgaben zu lösen, ger-



ne Gebrauch.

Anerkennung für unsere diesbezügliche Arbeit haben wir aber auch von Seiten der Einzelgewerkschaften erfahren, welche dies als eine gute Möglichkeit würdigten, um BürgerInnen dazu zu veranlassen, sich mit Gewerkschaftsthemen auseinander zu setzen.

Ralf Rippel

Landessprecher der Berliner AG B&G

Der politische Streik – Materialien zu einem Tabu

Als vor vierzig Jahren, am 1. Mai 1968 Zehntausende gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD in Bonn demonstrierten kam auch die Forderung nach einem politischen Streik durch die Gewerkschaften in die Debatte.

Trotz großer Beteiligung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern an der Anti-Notstandskampagne konnte sich der DGB damals nicht zu weit reichenden Arbeitsniederlegungen in den Betrieben entschließen.

Mehr noch: Im Gegensatz zu vielen kapitalistischen Nachbarländern (Frankreich, Belgien, Italien) galt die Debatte um den politischen Streik als Tabuthema. Gleichwohl beweist auch die bundesdeutsche Gewerkschaftsgeschichte, dass auch hierzulande politische Streiks durchführbar sind. So fanden Anfang der 50er Jahre in der Auseinandersetzung um die Betriebsverfassung oder zum Erhalt der Montanmitbestimmung politische Streiks statt. In der Auseinandersetzung um den Antistreikparagraphen §116 AFG Mitte der achtziger Jahre war dies ebenso. In jüngster Zeit haben die Arbeitsniederlegungen auch der deutschen Hafendarbeiter im Kampf gegen das Port Package der EU-Kommission ebenfalls ein positives Beispiel abgegeben.

Gleichwohl ist immer noch die vorherrschende Haltung: So etwas ist in Deutschland nicht erlaubt und nicht möglich.

Es ist Oskar Lafontaine zu verdanken, dass die Debatte um den politischen Generalstreik neu angefacht ist. Ein erstes Zeichen, dass sich auch in den Gewerkschaften etwas bewegt, war der beschlossene Antrag A58 der ver.di-Bundeskongresses 2007 in

Leipzig in dem es heißt: „Angesichts des massiven Abbaus sozialer und demokratischer Rechte darf das Streikrecht nicht länger auf tariffähige Ziele begrenzt bleiben. Wir fordern den Bundesvorstand auf, sich für ein allumfassendes Streikrecht nach den Maßgaben der europäischen Sozialcharta, einschließlich des politischen Streiks und es Generalstreiks einzusetzen; die Gewerkschaftsmitglieder über seine Notwendigkeit zu informieren und für Aktivitäten zu mobilisieren.“

Nunmehr liegt erfreulicherweise auch ein Buch: *Der politische Streik – Materialien zu einem Tabu* vor. Autor ist Veit Wilhelmy, Sekretär der IG BAU und Funktionär der SPD-AfA aus Hessen.

In einer Kurzbeschreibung kennzeichnet Prof. Dr. Christoph Butterwegge das Buch wie folgt: „Mit der vorliegenden Broschüre hat Veit Wilhelmy ein lange vernachlässigtes Thema theoretisch fundiert aber auch praxisnah besetzt, das künftig in den Gewerkschaften und auf der Linken einschließlich der linken Sozialdemokratie größere Beachtung finden sollte. Diese mit viel Gespür für Schlüsselthemen unserer Zeit gestaltete Broschüre, der ich eine weite Verbreitung nicht nur unter Gewerkschafter(inne)n wünsche, leistet einen nützlichen Beitrag um eines der letzten Tabus unserer Gesellschaft zu brechen.“

Mit dieser Vorstellung wollen wir unseren Beitrag dazu leisten.

Gerald Kemski

Das Buch: *Veit Wilhelmy, Der politische Streik Materialien zu einem Tabu, Fachhochschulverlag Der Verlag für angewandte Wissenschaften (143) Frankfurt, 2008, 148 S., (ISBN 978-3-940087-17-1)*

Beschlüsse des Bundestreffens der AG Betrieb & Gewerkschaft am 21. und 22. Juni 2008 in Kassel

Modularisierung der Berufsausbildung/Europäische Berufsbildungspolitik

„Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile!“

– Europa braucht den Kernberuf –

Ausgangslage

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE beobachtet mit Sorge die Entwicklung in der europäischen Berufsbildungspolitik und die Angriffe auf die duale Berufsausbildung. Von der allgemeinen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, läuft auf europäischer Ebene eine Expertendiskussion über die Europäisierung der beruflichen Bildung. Dies allein ist sicherlich erst mal lobenswert. Doch beim genaueren Hinsehen verbirgt sich hinter den Plänen ein radikaler Umbau der Berufsausbildung in der Bundesrepublik.

Modularisierung ist das Zauberwort, wofür auch bei uns das bisherige Berufsausbildungssystem aufgegeben werden soll. Abgelöst werden soll es von einer so genannten Modulausbildung. Dabei versteht man unter Modularisierung die Zerlegung der Ausbildungsberufe in sechs bis zehn „Ausbildungsbausteine“. Die Ausbildungszeit eines Moduls soll zwischen vier und sechs Monaten liegen. Anstatt der rund 350 Ausbildungsberufe gäbe es einige tausend Module.

Modularisierung steht für einen Systemwechsel im Sinne der Wirtschaft, der letztlich arbeits- und lohnpolitisch begründet ist. Wir stehen hinter den gewerkschaftlichen Forderungen für europäische Kernberufe. Die Idee von europäischen Kernberufen kann durch die in Deutschland geübte Praxis bereichert werden.

Hierbei schließen wir uns den gewerkschaftlichen Leitvorstellungen in der beruflichen Bildung an:

- Erhalt und Ausbau der dualen Berufsausbildung
- Rechtsanspruch eines jeden Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz
- Verwirklichung des Rechts auf eine der persönlichen Qualifikation entsprechenden Arbeit und gleiche Arbeits- und Berufschancen
- Schaffung von Durchlässigkeit in allen Bereichen der Bildung
- Befähigung zu selbständigem beruflichem Handeln
- Förderung beruflicher und persönlicher Entwick-

lungsprozesse

- Verbreiterung beruflicher und sozialer Lebenschancen
- Gestaltung der eigenen Berufs- und Arbeitsbiografie
- Individuelle und kollektive Interessendurchsetzung
- Mitgestaltung bei Arbeitsprozessen und der Arbeitsorganisation
- Kontinuierliche Personalentwicklung, u. a. durch Förderung der beruflichen Weiterbildung

Ein Herumbasteln an bewährten Ausbildungskonzepten und das Zerstückeln derselben lehnen wir ab, dies gilt nicht nur für die nationale Ebene. Auch für Europa macht es mehr Sinn Ausbildungsberufe zu stabilisieren, statt diese zu destabilisieren. Eine Modularisierung der Berufsausbildung kann also nicht der richtige Weg sein. Ebenso wenig die massenhafte Einführung von zweijährigen Schmalspurausbildungen. Die Erfahrungen mit den Miniberufen zeigen, dass nur eine unzureichende Kompetenzausstattung vermittelt wird. Auch in Deutschland fördert der Staat erste Versuchsmodelle der Modulausbildung mit 36 Mio. Euro.

Statt im nationalen Rahmen mit Modulausbildungen zu experimentieren, sollten einheitliche Berufsbilder in den europäischen Wirtschaftssektoren geschaffen werden! Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, haben konstruktive und innovative Vorschläge für europäische Kernberufe eingebracht.

Das Konsensprinzip bei der Gestaltung von Berufsbildern muss erhalten bleiben. Hier gilt es die Rechte der Auszubildenden und der Gewerkschaften zu stärken.

Derzeit wirft der gesamte Prozess und die Diskussionen um eine Europäisierung der Berufsausbildung mehr Fragen auf, als er Klarheit schafft. Der Prozess muss von Gewerkschaften aber auch Bildungspolitikern transparenter gestaltet werden.

Wir sehen in der Modularisierungsoffensive einen Angriff auf die bewährte Ausbildung im dualen Sy-

stem und die weltweit anerkannte Facharbeiterausbildung. Das duale System ist trotz aller Kritik, vor allem aus dem bürgerlichen Lager, nach wie vor die beste Sicherstellung einheitlicher Standards. Berechtigte Kritik wäre lediglich bei den Bildungsetats angesagt. Die jahrzehntelangen Kürzungen im Bereich der Bildungspolitik haben spürbare Folgen hinterlassen. Die Kürzungen haben zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Qualität der dualen Ausbildung, was jedoch eine Generalkritik oder gar einen Systemwechsel in Richtung Modularisierung noch lange nicht begründet.

Investitionen für den Bereich der beruflichen Bildung sind Investitionen in die Zukunft: Vorhandener Mangel kann so beseitigt werden, Berufsschulen können besser ausgestattet werden und BerufsschullehrerInnen zeitgemäß qualifiziert und regelmäßig weitergebildet werden.

Qualifiziertes Personal in der beruflichen Bildung (Schule und Betrieb) ist der Schlüssel für erfolgreiche Bildungsprozesse. Wir halten die Aussetzung der Ausbilder-Eignungs-Verordnung (AEVO) für den falschen Weg, der dringend rückgängig zu machen ist.

Mit Besorgnis stellen wir fest, dass die Bundesregierung durch die ständigen Subventionierungen, zuletzt durch den so genannten Ausbildungsbonus, das Selbsteingeständnis längst getätigt hat, dass der Ausbildungspakt mit der Wirtschaft gescheitert ist.

Die Wirtschaft wird immer mehr aus der Verantwortung entlassen. Warteschlangen, die ständig zunehmende Anzahl an geförderten Ausbildungsplätzen und vollschulischen Maßnahmen werden hingegen aus Steuereinkommen und somit von der Allgemeinheit getragen. Die Anzahl der bereitgestellten betrieblichen Ausbildungsplätze ist hingegen nach wie vor nicht ausreichend. Weniger als ein Drittel der Betriebe, die ausbilden könnten, tun dies.

Seit Mitte der 90er Jahre wird hingegen das Ausbildungsplatzangebot der Unternehmen der steigenden Nachfrage nicht mehr gerecht. Jahr für Jahr erhöhte sich die rechnerische Ausbildungsplatzlücke. Heute klagen die Unternehmen über FacharbeiterInnenmangel. Diesen FacharbeiterInnenmangel haben sie jedoch durch mangelnde Ausbildungsbereitschaft selbst zu verantworten. Der politische Druck hat sich dennoch erhöht. Anstatt jedoch eine Umlagefinanzierung der Berufsausbildung auf den Weg zu bringen, mehren sich nun die Angriffe auf die duale Berufsausbildung.

Das Bundestreffen stellt fest:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft spricht sich für die Praxis der dualen Berufsausbildung aus. Eine Verstaatlichung oder gar eine Teilprivatisierung der Berufsausbildung sind weder innovativ noch zeitgemäß. Das praxisnahe Lernen im Betrieb ist und bleibt der Schlüssel für eine erfolgreiche Ausbildung. Hinzukommt, dass der Lernort Betrieb wichtig ist, um die oft negativen Lernerfahrungen aus dem Schulsystem zu überwinden.

Der regelnde Eingriff durch eine gesetzliche Umlagefinanzierung der Berufsausbildung ist längst überfällig.

Alle Arbeitgeber müssen an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden! Zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze können so geschaffen werden. Wenn das Angebot dann immer noch nicht ausreichen sollte, sind zusätzliche Ausbildungseinrichtungen zu schaffen.

Parteiintern sind weitere Debatten erforderlich, da viele GenossInnen eine Verstaatlichung der Ausbildung fordern und hierfür die Einnahmen einer Ausbildungsplatzabgabe nutzen wollen.

Für die parteiinterne Debatte sollen nachfolgende Positionen der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft festgehalten werden:

- DIE LINKE muss weiterhin daran festhalten: „Wer nicht ausbildet muss zahlen!“. Folgerichtig unterstützen wir die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einem Grundrecht auf Ausbildung!
- Die Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft unterstützt die Idee europäischer Kernberufe, eine Modularisierung der Berufsausbildung lehnen wir ab.
- Das Thema „Modularisierung der Berufsausbildung“ im Zusammenhang mit dem europäischen Qualifikationsrahmen muss weiterhin thematisiert werden. Hierzu gehört es auch, dieses Thema in der eigenen Bildungspolitik zu verankern. Der Kontakt zu den DGB-Gewerkschaften ist aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft hierbei unerlässlich.
- Weitere Auseinandersetzungen mit dem Thema „Berufliche Bildung/Berufsausbildung“ sind erforderlich, da bei zu vielen (Unter-)Themen abschließende Positionen, nicht nur innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft fehlen. Hier ist der Dialog auch mit dem Jugendverband und der Gewerkschaftsjugend zu suchen.

Aufgaben der LINKEN vor den Wahlen 2009

In den Wahlkämpfen des Jahres 2009 geht es darum, die Bedingungen für einen grundlegenden Politikwechsel, für eine Abkehr vom Neoliberalismus zu verbessern. Wir kämpfen dafür, dass Die LINKE aus den Wahlen wesentlich gestärkt hervorgeht.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung einer breiten gesellschaftlichen Gegenkraft sind die Gewerkschaften. Hier sind Millionen von Kolleginnen und Kollegen unmittelbar im Arbeitsleben mit den Auswüchsen kapitalistischer Produktion und den Auswirkungen einer unsozialen Politik konfrontiert. Wir erwarten, dass Gewerkschaften eigenständig ihre Positionen formulieren und in die Wahlkämpfe einbringen.

Die AG Betriebe & Gewerkschaften der LINKEN plädiert dafür, folgende Schwerpunkte in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl aufzunehmen. Unser Ziel ist, dass möglichst viele Mitglieder und Aktive sich zu diesen Themen ein fundiertes Wissen aneignen und argumentationsfähig sind.

Kampf für den gesetzlichen Mindestlohn und gegen Lohndumping, für gute Arbeit und Arbeitszeitverkürzung

DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens acht Euro, der schnell auf zehn Euro steigen soll. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ist auszuweiten und die Gültigkeit der inländischen Sozialstandards für alle hier Arbeitenden durch Ausdehnung des Entsendegesetzes sicherzustellen.

Lohndumping und prekäre, also unsichere und nicht existenzsichernde Beschäftigung müssen zurückgedrängt werden. Leiharbeit und Befristungen müssen gesetzlich stark eingeschränkt und gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchgesetzt werden. Die Subventionierung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse ist abzuschaffen. Alle Erwerbstätigen, auch Selbstständige, sollen perspektivisch als Pflichtmitglieder in die gesetzlichen Sozialversicherungen einbezogen werden.

DIE LINKE will durch eine Reform des Arbeitszeitgesetzes die höchstzulässige durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen. Perspektivisch streben wir eine Obergrenze von 35 Stunden an. Wir wollen, dass dabei für die Beschäftigten ein voller Lohnausgleich gesichert wird. Die Mitbestimmungsrechte von Personal- und Betriebsräten sind vor allem im Hinblick auf erzwingbare Personal- und Stellenpläne zu erweitern. So ist zu erreichen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu mehr Beschäftigung führt und der Leistungsdruck nicht weiter ansteigt.

Hartz IV muss weg! DIE LINKE will die Regeln für zumutbare Arbeit wieder ändern, die Ein- Euro-Jobs zugunsten regulärer Beschäftigung abschaffen und eine repressionsfreie bedarfsorientierte Grundversicherung in Höhe der Pfändungsfreigrenze einführen.

Gute Rente

Wir wollen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wieder abschaffen. Wir wollen die Rentenformel ohne die von Rot-Grün und großer Koalition eingeführten Kürzungsfaktoren wieder herstellen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist heute und morgen eine Rentenkürzung durch die Hintertür. Es muss wieder gelten, dass die gesetzliche Rente vor Altersarmut schützt und einen Absturz im Lebensstandard nicht zulässt. Künftig sollen alle Berufsgruppen und Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Die Rentenkampagne der LINKEN ist der Aktionsschwerpunkt im Sommer/ Herbst 2008.

Gegen Privatisierung, für die Stärkung öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge

Wir kämpfen gegen Privatisierungen und für starke öffentliche Unternehmen. Nur mit starken öffentlichen Unternehmen vom Wohnungssektor über Wasser, Strom und Gas, Kommunikation und Telekommunikation bis zu Sparkassen haben demokratische Institutionen in vielen Bereichen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten, z.B. auf eine klima- und ressourcenfreundliche Verkehrspolitik, auf eine gleichwertige Versorgung in Stadt und Land. Wir treten für eine Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen sowie der Energieversorgung und eine Übernahme der Energienetze in die öffentliche Hand ein.

Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Gesundheit und Umwelt

Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland mit den fünf Schwerpunkten Bildung, Gesundheit, Umwelt, kommunale Daseinsvorsorge und öffentliche Beschäftigung mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro pro Jahr. Mindestens eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze können so geschaffen werden. DIE LINKE betrachtet auch Personalausgaben in diesen Bereichen als Investitionen in die Zukunft. Für Langzeitarbeitslose und andere Menschen, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wollen wir zusätzlich bis zu 500.000 öffentlich finanzierte Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Diese Beschäftigung soll vor allem in den Regionen und Ländern mit der höchsten Langzeitarbeitslosigkeit, also insbesondere in Ost-

deutschland, geschaffen werden und ihren Aufholprozess fördern.

Gerechte Steuern zur Finanzierung des Sozialstaats

DIE LINKE fordert eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften. Der Spitzensteuersatz muss auf mindestens 50 Prozent erhöht werden, bei gleichzeitiger Entlastung von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Konzernen und andere profitable Unternehmen müssen erheblich mehr Steuern zahlen, eine Steuer auf Börsenumsätze und Finanztransaktionen muss eingeführt und Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung müssen entschieden bekämpft werden. Auf diese Weise können wir Mehreinnahmen von über 70 Milliarden Euro

jährlich erzielen.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm und die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Alternativen der LINKEN sind zentrale Elemente des gesellschaftspolitischen Richtungswechsels, für den wir kämpfen. Es stellt soziale Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen über private Profitinteressen und bildet damit einen Schritt zur Überwindung der Vorherrschaft des Kapitals und zum demokratischen Sozialismus.

Wahlprogramm für die Wahl des Europaparlaments

Für das Wahlprogramm zu den EP-Wahlen wird das Bundestreffen in Würzburg im September 2008 Kernpunkte aus der Sicht der AG Betrieb & Gewerkschaft formulieren.

Grundsicherung im Alter

Auch die Grundsicherung im Alter muss ein Leben in Würde ermöglichen. Eine Anhebung der Grundsicherung auf die Höhe des Pfändungsfreibetrages zuzüglich Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeitrages, würden zu einer sofortigen Anhebung

des Leistungsniveaus führen und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Die bisherige Regelung, dass Anrechnung von Einkommen von Lebenspartnern und Vermögen nach den Sozialhilfenvorgaben ist aufzuheben.

Brief an die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Tarifabschluss für die Mitarbeiter/innen der Fraktion ist nicht nur ein wirklich positiver, sondern auch ein bedeutsamer und außenwirksamer Schritt, den die Fraktion die LINKE in Richtung Regulierung von Arbeitsverhältnissen im Deutschen Bundestag gegangen ist und damit Pflöcke gesetzt hat. Das Interesse auch in anderen Fraktionen ist groß und wir werden „unserer Rolle gerecht“ die Partei zu sein, die auch an anderen Stellen Maßstäbe setzt und die anderen Parteien vor sich her in Richtung Demokratie treibt. Links wirkt!

Aber eben nicht nur, weil es unserem positiven Image gerecht wird, sondern natürlich vor Allem wegen der Sache an sich sollte es uns wichtig sein, die Partei mit den offensichtlich demokratischsten Strukturen zu sein.

Deshalb dürfen wir jetzt nicht halt machen und sollten auch weiter Pflöcke setzen, damit in der Fraktion die LINKE alle Mitarbeiter/innen durch betriebliche Interessensvertretungsorgane vertreten sind und deren Arbeitsbedingungen des Weiteren durch einen Tarifvertrag geregelt werden. Eben auch derer, die als Mitarbeiter/in direkt für die 53 Abgeordneten arbeiten.

Der Druck, der damit auf den anderen Fraktionen

liegt, wäre selbstverständlich enorm, wenn wir die dazu offensichtlich gegebenen Möglichkeiten ergreifen und den damit verbunden politischen Willen zeigen.

Dass dabei die Besonderheiten der Abgeordnetentätigkeiten berücksichtigt werden müssen (Tendenzschutz), ist Voraussetzung.

Wir wissen alle: So oder so liegt an diesem Punkt die mediale Aufmerksamkeit seit einiger Zeit, aktuell und auch sicher noch in der nächsten Zeit auf uns. Nutzen wir das zu unseren Gunsten und machen daraus ein Sieg für uns und für demokratische Strukturen bei uns und überall.

Wichtig ist nun, dass die berechtigten Interessen der Beschäftigten den „Arbeitgebern“ offiziell vorgetragen werden können, über die dann verhandelt wird. Hierzu seit ihr (nicht nur von den Beschäftigten) aufgefordert.

Wir bitten euch deshalb, die Genoss/innen, die als eure Mitarbeiter/innen für euch und uns ihr Bestes geben, zu würdigen und offizielle Gespräche aufzunehmen, mit dem Ziel, einen Tarifvertrag abzuschließen und eine Betriebsratswahl für die Mitarbeiter/innen der 53 Abgeordneten durchzuführen.

Mit solidarischen Grüßen

Die Teilnehmer/innen des Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft

Berlin: Geht es um den Kampf in der Partei?

Die Artikel „Falsche Politik des Berliner Senats treibt Beschäftigte in den Streik“ und „Streik bei der BVG in Berlin“ in betriebe&gewerkschaft Intern zeihen wieder einmal den Berliner Landesvorstand, die Abgeordnetenhausfraktion und letztlich die von uns gestellten SenatorInnen einer falschen, ja verräterischen Politik .

In Kenntnis der Berliner Situation drängt sich bei der Lektüre unweigerlich der Verdacht auf, dass es weniger um die Weitergabe von Informationen und Unterstützung politischer oder gewerkschaftspolitischer Kämpfe, sondern vielmehr um Abrechnung mit Mehrheitsentscheidungen und um den Kampf um die Lufthoheit in der Partei geht.

Um es gleich vorweg zu sagen: Der Berliner Landesvorstand hat überhaupt kein Interesse daran, dass gewerkschaftliche Tarifikämpfe scheitern, dass die Gewerkschaften gar geschwächt werden, sonst hätten wir nicht in der Landesausschusssitzung zur Unterstützung dieser Kämpfe aufgerufen.

Es macht auch keinen Sinn über den Anwendungstarifvertrag und die Situation 2003/4 zu streiten. Dieser Tarifvertrag trägt die Unterschrift vom Senat und von ver.di (Tarifgemeinschaft) und gilt bis 2010. In diesem Anwendungstarifvertrag ist eine Beschäftigungssicherung und der Tausch von Arbeitszeit gegen Gehaltskürzungen vereinbart worden. Dieser Anwendungstarifvertrag ist der Notsituation des Berliner Haushaltsdefizits geschuldet. Wer in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit Beschäftigungssicherung nicht als ein hohes Gut ansieht, findet nicht mein Verständnis.

Die kolportierten Zahlen, dass trotz dieses Vertrags 20000 Stellen abgebaut worden seien, sind Desinformationen. Seit 2005 sind die Mehrzahl der Kitas und weitere Jugendprojekte mit ihren Stellen entweder zu Freien Trägern oder zu Eigenbetrieben ausgegliedert worden, sie bleiben damit aber außerhalb der Bezirksämter weiter finanziert. Zwar wurde damit auch die innere Verwaltung in den Bezirksämtern gekürzt aber bei weitem nicht in der, in den Artikeln erwähnten Dimension. Derzeit befinden sich rund 5000 Beschäftigte im Personalüberhang, deren Stellen zwar weggefallen sind, für die aber eine neue Beschäftigung gesucht wird und die solange weiter bezahlt werden. Dies ist im übrigen ein Beispiel für die Notwendigkeit und die Verlängerung eines Beschäftigungssicherungsvertrags. Richtig ist die Beschäftigten haben durch Einkommensreduzierung einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass Berlin keine neuen Schulden aufnehmen muss, sondern einen ausgeglichenen Primärhaushalt hat

Richtig ist aber auch, dass der Schuldenberg von rund 60 Milliarden weiterhin besteht mit täglichen Zinszahlungen an die Banken in Millionenhöhe und kaum Aussichten politische Unterstützung aus der Bundes-

ebene zu bekommen.

In dem oben benannten Anwendungstarifvertrag gibt es einen Paragraphen, der den Vertragsparteien aufgibt, Tariferhöhungen zu prüfen wenn sich im Bund die Wirtschafts- oder Tariflage verändert. Und hier wird die Auslegung strittig. Die Gewerkschaften gehen davon aus, dass bei dem sich entwickelten unterschiedlichen Tarifniveau im Bund zwingend Angleichungen zu verhandeln sind. Wowereit, Körting und in erster Linie Sarrazin als Wortführer der SPD sagen, wir haben einen Vertrag bis 2010, wir werden keine Angebote machen.

In dieser Situation hat der Landesvorstand ein deutliches Signal gesetzt, das von Fraktion und SenatorInnen aufgegriffen worden ist. Verhandlungen sollen mit einem materiellen Angebot verbunden werden, mit der Begründung: die erreichten geringen Spielräume im Landesetat sind auch das Ergebnis des Verhaltens der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Sie sind andererseits der wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet, die aber auch Preissteigerungen nicht unerheblicher Art mit sich bringt. Wir haben in diesem Beschluss weitere Verhandlungsnotwendigkeiten aufgezeigt, auch weil wir natürlich wissen dass Sarrazin und damit Teile der SPD nicht aufgegeben haben, weiteren Stellenabbau zu betreiben, woran sie jetzt durch die Koalitionsab-sprachen mit der Linken gehindert werden.

Das Vorschlagspaket für strategische Verhandlungen mit den Gewerkschaften umfasste:

1. eine unmittelbare Teilhabe der Beschäftigten an der verbesserten finanziellen Situation, etwa durch vorgezogene Reduzierung der Einkommenseinbußen, damit verbunden die Verhandlung über Modalitäten der Rückkehr Berlins in den TDL (TVÖD).
2. Gespräche über die Zukunft des Öffentlichen Dienstes
3. Die Verlängerung der Beschäftigungssicherung
4. Ein Einstellungskorridor, um der Überalterung im öffentlichen Dienstes entgegenzuwirken
5. Eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten und der Übernahme, damit Schulabgänger eine verbesserte Chance bekommen
6. Eine dauerhafte Ausfinanzierung der den Freien Trägern übertragenen Aufgaben; hierzu sollten insbesondere die Bezirkshaushalte verstärkt werden.
7. Eine Qualitätserörterung unter dem Gesichtspunkt Gute Arbeit braucht Finanzierung.

Diese Punkte haben wir versucht, der SPD aber auch den Gewerkschaften in vielen Besprechungen nahe zu bringen. Dies ist jetzt sicher auch dank der Aktivitäten der Gewerkschaften wenigsten teilweise gelungen. Es liegt in den Verhandlungen nunmehr auch ein erstes materielles Angebot auf dem Tisch und die Bereitschaft

über weitere Schritte für die Situation nach 2010 zu verhandeln.

Wir haben bewusst die Verhandlungstaktik und die Forderungen der Gewerkschaften im Detail nicht bewertet. Denn wer gegen parteipolitischen Einfluss in den Gewerkschaften streitet, muss sich auch selbst daran halten. Wer diesen Forderungskatalog des Landesvorstands aber als Sozialpakt 2 denunziert, tut weder den Beschäftigten, noch den Gewerkschaften und schon gar nicht der Partei einen Dienst.

Die Überlegungen, die wir zusammengetragen haben, sind Forderungen der Beschäftigten, die in vielen Personalversammlungen erörtert wurden und tragen dem Rechnung, dass die Arbeits- und die reale Tarifsituation durchaus unterschiedlich beurteilt werden.

Wenn Sascha Kimpel feststellt, dass der Landesvorstand alles dafür getan hat, die Position der Gewerkschaften gegenüber dem Senat zu schwächen, so ist das eine üble Unterstellung, für die er keine Beweisführung antreten kann. Wenn er andererseits das Begrüßen von Streiks als Kampfergebnis darstellt, so sage ich, Streiks begrüßt man nicht nur, sondern man organisiert sie in den Betrieben und da müssen wir noch einiges zu unserer Verankerung tun.

Noch ein Wort zu den BVG Streiks und zum Ergebnis:

Berlin: Wer nicht kämpft hat schon verloren

Es ist sehr lobenswert, dass Ernst Welters auf die Kritik an der Politik des Landesvorstandes schriftlich geantwortet hat. Wir hätten uns sehr gewünscht, dass der Landesvorstand die Diskussion im Landesverband frühzeitig und intensiv führt, um mögliche Missverständnisse und Widersprüche auszuräumen und die Partei geeint in die Auseinandersetzung mit der SPD führt. Die LAG Betrieb und Gewerkschaft wird sich weiterhin im Sinne größtmöglicher Transparenz und demokratischer Mitbestimmung der Parteimitglieder dafür einsetzen, dass zentrale Fragen rechtzeitig und intensiv geführt werden.

Wir verstehen, dass sich Ernst über die Kritik ärgert. Wir werfen dem Landesvorstand jedoch keine „verräterische Politik“ vor, wie Ernst behauptet. Diese Formulierung soll uns in eine Ecke stellen, aus der wir nicht kommen und in die wir niemals gehen werden. Auch wollen wir nicht „abrechnen“ oder uns beschweren, dass es im Berliner Landesverband zur Zeit noch Mehrheitsverhältnisse gibt, die eine Politik im Interesse von Beschäftigten sehr schwer macht. Wir hatten lediglich die Gelegenheit genutzt, den Tarifkonflikt im Berliner Öffentlichen Dienst aus unserer Sicht darzulegen. Die b&g-intern Redaktion hatte uns zu solch einer Stellungnahme angefragt. Dass die Politik des Landesvorstandes im Tarifkonflikt in der Partei bundesweit unpopulär ist, weiß Ernst selbst. Es hätte also keinen Artikel unsererseits bedurft, um eine etwaige „Luftho-

heit“ zu erringen. Im bundesweiten Newsletter unserer Partei wurden zudem schon mehrfach die kontroversen Positionen wiedergegeben. Wir denken, dass sie etwas ganz normales ist für eine demokratische und pluralistische Partei. Auch wenn man in der Minderheit ist, hat man weiterhin das Recht die Mehrheitsposition zu kritisieren. Die Zeiten vor 1989 und eines monolithischen Parteiverständnisses sind ein für alle mal vorbei.

Soweit zum Grundverständnis einer solchen Debatte. Jetzt zum inhaltlichen. Ernst meint, es mache keinen Sinn, über den Anwendungstarifvertrag zu streiten. Tun wir das? Nein, wir bewerten nur, dass der Anwendungstarifvertrag mit einer Erpressungspolitik seitens des Senats erkaufte wurde. Linke Gewerkschafter lehnen solch eine Erpressungspolitik ab, genauso wie wir das bei der Drohung mit Standortverlagerungen oder Stellenabbau seitens der Unternehmer tun. DIE LINKE hat nicht zuletzt deshalb eine Bringschuld gegenüber den Beschäftigten.

Ernst legt noch einmal das „Vorschlagspaket für strategische Verhandlungen“ des Landesvorstandes vom Sommer 2007 dar. Den Begriff „Solidarpakt“ haben übrigens nicht wir erfunden, sondern er stammt von der Fraktionsvorsitzenden Carola Bluhm sowie aus einer Erklärung des Landesvorstandes. Der Begriff ist im Prinzip auch korrekt, denn die Verbesserung der Einkommenssituation der Beschäftigten ist in diesem

War es falsch, 2005 die BVG in öffentlicher Hand zu halten? War es falsch, auch hier eine Garantie für bestehende Verhältnisse sogar bis 2020 zu vereinbaren? Welche Alternativen zu diesem „Unsozialen Verhalten“ hätte es gegeben? War es falsch, eine Angleichung der deutlich schlechteren Einkommen der neu Eingestellten zu fordern, ohne die Altbeschäftigten leer ausgehen zu lassen? Kann man mir mal mathematisch auf die Sprünge helfen, wie es sein kann, dass ein Angebot von 20 Millionen für 95% der Beschäftigten eine Nullrunde sind, während man 26 Millionen so verteilen kann, dass für alle, ob neu oder alt, 4,6% herauskommen? War es falsch, den Daumen auf der BVG zu halten, um auch weiterhin auf Fahrpreise und Linienangebot Einfluss zu haben? Sind Verhinderung von Privatisierung, Maßnahmen gegen Fahrpreiserhöhungen, Beschlüsse zu Mobilitätsangeboten und ein Sozialticket keine Forderungen unserer Partei? Mit all diesen Überlegungen haben wir den Tarifkampf unterstützt. Worin denn liegen unsere Fehler und Ablenkungen?

Hätte eine Diskussion über die neoliberalen Zwänge der EU mit den Beschäftigten oder den Wartenden an den Bushaltestellen dem Streik wirklich mehr Unterstützung gebracht? *Ernst Welters 31.05.2008*

Mitglied des Landesvorstandes Berlin

Vorschlag an Bedingungen geknüpft. In dem Vorschlag ging es vor allem um Fragen, die sich mit dem Auslaufen des Anwendungstarifvertrags im März 2010 stellen. Hinzu kommt, dass die Modalitäten der Rückkehr in den TDL in dieses Verhandlungspaket gepackt wurden.

Dieses Verhandlungspaket ging jedoch vollkommen über die Tatsache hinweg, dass die Tarifkommission der Gewerkschaften eine konkrete Forderung aufgestellt hatte, nämlich 3*300 Euro und 2,9 % Prozent. Jeder Gewerkschafter weiß, dass es nichts anderes gibt, worüber die Tarifkommission verhandeln berechtigt ist. Wie so oft, schien es der Landesvorstand mal wieder besser zu wissen.

DIE LINKE hat sich zudem zwar allgemein für materielle Verbesserungen ausgesprochen, ohne jedoch eine konkrete Höhe zu nennen. Lieber wollte der Landesvorstand über die Zukunft des Öffentlichen Dienstes im Allgemeinen und im Besonderen mit den Gewerkschaften und mit der SPD verhandeln. Kein Wunder, dass diese Strategie völligen Schiffbruch erlitten hat und sang und klanglos aus der Öffentlichkeit verschwand.

Stattdessen hat die SPD das Heft des Handelns in die Hand genommen. Aufgrund des unbefristeten Streiks ist der Senat den Gewerkschaften mittlerweile auf halber Strecke entgegengekommen. Zurzeit stehen 300 Euro für 2008, sowie ein Sockelbetrag von monatlich 50 Euro ab Mitte 2009 im Raum. Noch weit entfernt von den Forderungen der Beschäftigten, aber weit mehr als die 150 Euro Einmalzahlung, von der unsere Abgeordnetenhausfraktion noch Mitte 2007 sprach. Mit der „Haushaltskonsolidierung“ alles zu begründen - wie glaubhaft ist das, wenn in anderen Bereichen ein vielfaches der aufzuwendenden Gelder investiert werden sollen? Zum Beispiel 160 Mio. Euro für eine Elite-Stiftung im Wissenschaftsbereich. Unsere Wähler und Sympathisanten, die Studenten an den chronisch unterfinanzierten Universitäten verstehen die Logik linker Politik sicher falsch. Aber vielleicht ist diese Politik eben einfach nur falsch, und weit weg von dem, wofür DIE LINKE bundesweit eintritt.

Etwas stutzig macht uns die Feststellung von Ernst, dass der Landesvorstand die Verhandlungstaktik und die Forderungen der Gewerkschaften im Detail nicht bewertet hat. Wenn es uns als LINKE darum geht etwas durchzusetzen gegenüber der SPD, oder auch gegenüber den Gewerkschaften, dann bin ich doch dazu gezwungen die Forderungen der Gewerkschaften zu bewerten und die Taktik einzuschätzen. Ansonsten mache ich mich zum Anhängsel anderer politischer Kreise und Kräfte, die sehr genau wissen, was sie wollen, und wie sie es durchsetzen möchten.

Eine andere Frage ist, ob es ratsam gewesen ist, innerhalb der Gewerkschaften, sozusagen „von unten“ Stim-

mung für die Positionen des Landesvorstandes zu machen. Wenn die Kräfte dazu da gewesen wären, warum nicht? Schließlich werden auch unter aktiven Gewerkschaftern und Kollegen politische Meinungen und Inhalte ausgetauscht, gerade vor und während eines Streiks. Wie wir dazu kommen, dass DIE LINKE ihre Politik verstärkt in den Betrieben und unter den Kollegen verankern kann, darüber sollten wir gemeinsam diskutieren.

Wie so oft, wird auch von Ernst bezüglich der Berliner Landespolitik nur ein Teil der Wahrheit dargelegt. Ja, viele der 20 000 abgebauten Stellen im Öffentlichen Dienst finden sich wieder bei den Freien Trägern oder Eigenbetrieben. Aber eben nicht alle. Diesen Ausgliederungen aus dem Öffentlichen Dienst liegt zudem ein Staatsverständnis zugrunde, dass dem der Neoliberalen sehr nahe kommt. Demnach müssen staatliche Aufgaben, die andere erledigen, nicht von staatlichen Organen erledigt werden. Der Staat müsse sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, auch bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Beschäftigten in den Eigenbetrieben und Freien Trägern müssen sich dank dieser „progressiven Entstaatlichung“ seit Jahren gegen Unterfinanzierung und schlechter werdende Arbeitsbedingungen wehren. Im Bereich hat diese „progressive Entstaatlichung“ übrigens zum Abbau der Hälfte der Leistungen geführt, mit den bekannten katastrophalen Folgen für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien.

Wir bleiben dabei, der Streik ist zu begrüßen, denn sonst hätten sich der Senat und auch unsere Partei nicht bewegt. Ernst hat in einem Punkt natürlich Recht, Streiks müssen organisiert werden. Als Mitglieder der LINKEN sind wir bisher nur in Ausnahmefällen in der Lage, Motor für Streiks zu sein. Das muss und wird sich ändern, im Zuge der Weiterentwicklung der LINKEN zu einer sozialistischen Massenpartei mit einer Verankerung in den Herzen und Köpfen der arbeitenden Menschen. Ohne starke Beschäftigtenvertretungen und starke Gewerkschaften wird es schwierig sein, solch eine Massenpartei zu entwickeln. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sich die Forderungen der Beschäftigten durch den Streik weitestgehend durchsetzen. Wir sehen andererseits nicht, dass DIE LINKE in Berlin diejenige Kraft war, die die Forderungen der Beschäftigten gegenüber der SPD unterstützt hat. Stattdessen wurden die Forderungen als unrealistisch und überhöht abgetan.

Um es noch einmal zu betonen – es ist gut, dass wir diese Diskussionen führen. Wir sollten sie vertiefen, auch um voneinander zu lernen, um eigene Fehler und Schwächen zu überwinden und unsere gemeinsame Stärken zu stärken. Fürs erste müssen wir allerdings feststellen, dass wir nach wie vor einen tiefgehenden Dissens haben.

Sascha Kimpel
26.06.2008

Hamburg: Auch weiter unbeschreiblich weiblich

Am 14. Juni 2008 führte die Hamburger AG in den Räumen der GEW ihre diesjährige Jahreshauptversammlung durch.

Das Hauptthema: „Programmdebatte der Partei DIE LINKE“ wurde einleitend vom Mitglied der Programmkommission *Horst Schmitthener* bestritten. Zu den Arbeitsvorhaben der Hamburger AG zählt in den nächsten Monaten schwerpunktmäßig eine Petition zum Vergabegesetz in Hamburg für die wir tausende Unterschriften sammeln wollen. Bei diesem Vorhaben haben wir uns an dem Beispiel der AG in NRW orientiert.

Da die Hamburger AG gegenüber dem Vorjahr nahezu doppelt so viele Mitglieder aufweist, wurde die Anzahl der Landes-sprecherInnen von vier auf sechs erhöht: Gewählt wurden *Elisabeth Baum* (MdHB), *Gabriele Kröning*, *Regina Jürgens*, *Sabine Wils*, *Gerald Kemski* (alle ver.di) sowie mit *Bernd Grimmig* erfreulicherweise auch ein Metalller. Schatzmeisterin bleibt *Christine Wolfram* (ver.di). Anhand



der Namen kann leicht festgestellt werden, was schon vor einem Jahr geschrieben wurde: auch weiter unbeschreiblich weiblich.

Gerald Kemski
Landessprecher AG b&g-Hamburg

Hessen: Gründung der Landes-AG Betrieb und Gewerkschaft

Mit der Partei DIE LINKE hat sich eine politische Kraft links der SPD formiert, die die Interessen der Menschen aufgreift, die Probleme beim Namen nennt, die sozialen Bewegungen unterstützt und mit dem Einzug in die Parlamente den Arbeitnehmern und den sozial Benachteiligten auch dort eine Stimme gibt. Das politische Klima in Deutschland hat sich verändert.

Nicht zufällig wird DIE LINKE von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern doppelt so häufig gewählt wie im Schnitt. Nicht zufällig wird DIE LINKE überproportional stark von Arbeitern und Arbeitslosen gewählt.

Gleichwohl ist gewerkschaftliche Verankerung innerhalb der LINKEN keine Selbstverständlichkeit. In Ostdeutschland, wo Gewerkschaften schwach sind, gleichzeitig DIE LINKE aber relativ stark ist, existieren unterschiedliche kulturelle Milieus und die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Partei steckt oftmals noch in den Kinderschuhen. Auch in Westdeutschland bestehen innerhalb der LINKEN Vorbehalte gegenüber den Gewerkschaften, wie es auch innerhalb der Gewerkschaften Vorbehalte gegenüber der LINKEN gibt.

Unter diesen Bedingungen sieht es die AG Betrieb und Gewerkschaft als wichtige Aufgabe an, das Verhältnis zwischen der Linken und den Gewerkschaften zu verbessern und die Zusammenarbeit zu vertiefen. Wir wollen zum einheitsgewerkschaftlichen

Handeln beitragen und den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stärken. Dies schließt selbstverständlich auch Kritik an konkreter Politik und Programmatik der Gewerkschaften ein. Wir wollen eine autonome Gewerkschaftspolitik fördern.

Dabei geht es zum einen darum, die Positionen der LINKEN innerhalb der Gewerkschaften stärker zu verankern und die Gewerkschaften in ihren politischen und tariflichen Auseinandersetzungen zu unterstützen. Natürlich wollen wir auch neue Mitglieder aus diesem Bereich für DIE LINKE gewinnen. Zum anderen sind innerhalb der LINKEN gewerkschaftliche Positionen stärker zu verankern und das Verständnis für einheitsgewerkschaftliches Handeln zu vertiefen. Dies beinhaltet auch das Verständnis für die zentrale Funktion der Erwerbsarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft und damit verbunden der wichtigen Rolle der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften für gesellschaftliche Umgestaltung. Die AG Betrieb und Gewerkschaft engagiert sich insbesondere

- für den Schutz und den Ausbau von Gewerkschafts- und ArbeitnehmerInnenrechten, für die Tarifautonomie und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte
- für gute Arbeit, das heißt gegen eine Entgrenzung von Arbeitszeiten und Verdichtung der Leistung sowie mittelfristig für Arbeitszeitverkürzung,

- gegen Prekarisierung der Arbeit, insbesondere durch Leiharbeit und Minijobs, für die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- für Lohnerhöhungen mindestens in Höhe des „verteilungsneutralen Spielraums“
- für die Einführung von Mindestlöhnen, im ersten Schritt i.H.v. 8,44 Euro.
- für die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme und der Universalisierung der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung.
- für eine repressionsfreie, bedarfsorientierte soziale Mindestsicherung, die –
- anders als Hartz IV – tatsächlich das soziokulturelle Existenzminimum absichert.
- für einen starken öffentlichen Sektor und die Rekommunalisierung bereits privatisierter öffentlicher Daseinsvorsorge.
- Für ein Informationsfreiheitsgesetz auf Landesebene

Konkret bedeutet dies für die Arbeit in den nächsten Monaten

- Mit Blick auf die Bundestagswahl und bis zur Bundestagswahl mehrere Hundert neue Parteimitglieder werben und damit zur weiteren Konsolidierung der Partei beitragen.
- Gewerkschaftliche Positionen in der Partei durch

Bildungsveranstaltungen zu erläutern und zu diskutieren.

- Die hessische Landespartei bei der Durchführung einer Bildungskampagne unterstützen und so die Handlungsfähigkeit erhöhen.
- Die gewerkschaftlichen Kampagnen gegen die Rente ab 67, für eine Eindämmung und bessere Regulierung von Leiharbeit und für Gute Arbeit aufgreifen und unterstützen.
- Die Initiative „Gute Arbeit“ der Linksfraktion aufgreifen und unterstützen.
- Die Kampagne zu Mindestlohn fortsetzen.
- Gemeinsam mit der Landespartei und der Fraktion den Wiedereintritt Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder befördern, ein umfassendes Tariftreuegesetz durchsetzen und die Ladenöffnungszeiten einschränken.
- Eigenständig Veranstaltungen zu innerhalb der LINKEN kontrovers diskutierten Themen durchführen und so die Programmdiskussion befruchten. Dies können sein:
- Verhältnis von Gewerkschaften zu berufsständischen Organisationen,
- Arbeitsgesellschaft und soziale Sicherungssysteme.
- Rolle des politischen Streiks in der Strategie der LINKEN

Nordrhein-Westfalen: Regionalisierung geht weiter

Am 31.5.2008 haben gut zwanzig Mitglieder von Betriebs- und Personalräten und gewerkschaftlich en-



gagierte Kolleginnen und Kollegen in Köln die Regionale AG *betrieb&gewerkschaft-Rheinland-Süd* gegründet.

Die regionale AG umfasst die Kreise Aachen, Euskirchen, Düren, Bonn und Köln.

Thematischer Schwerpunkt der von der Kölner Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer moderierten Diskussion war die Auseinandersetzung mit politischen und betrieblichen Handlungsmöglichkeiten zur Zurückdrängung der Leiharbeit und zur Durchsetzung der Forderung nach einem Mindestlohn.

Ausdrücklich unterstützt die AG die Unterschriftensammlung für ein Tariftreuegesetz in NRW zur Verhinderung von Dumpinglöhnen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Fremdfirmen.

Vor Ort wird die Arbeitsgemeinschaft in diesem Jahr eine Veranstaltung zur Privatisierung der Bahn in Aachen und eine weitere zum drohenden Pflege-notstand in Köln durchführen.

Die Versammlung verurteilte einmütig die illegalen Überwachungsmaßnahmen bei der Telekom. Hier wurden neben Telefonverbindungen, vermutlich auch noch Bankkonten, ausgespäht. Spätestens seit dem Lidl-Skandal ist klar, die durch das Grundgesetz garantierten Persönlichkeitsrechte werden vor allem

durch Großkonzerne mit ihrer grenzenlosen Profitgier ungestraft mit den Füßen getreten.

Siegfried Faust,

Landessprecher AG betrieb&gewerkschaft-NRW

Sachsen-Anhalt: Wir wollen uns in die Politik einmischen

Die Neubildung unserer AG B&G in Sachsen-Anhalt hat sich eine Reihe interessanter Ziele gesetzt. Wir wollen uns in die Politik der Landespartei und Landespolitik einmischen.

Deswegen sind die Themen der gesellschaftlichen Entwicklung, Themen der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit für uns Gegenstand der Diskussionen der Landeszusammenkünfte. Zu diesen Veranstaltungen laden wir auch interessierte Nichtmitglieder ein. Unsere Erfahrung ist, dass sich Menschen, themenbezogen entscheiden und dann zu unseren Veranstaltungen kommen, um mit uns diskutieren.

In den letzten Monaten waren die aktuellen Tarifaussensetzungen Gegenstand sowie die Auswirkungen auf den gesetzlichen Mindestlohn, den Postmindestlohn und dem Mindestlohn am Bau.

Breiten Raum nahm in den Diskussionen immer wieder die Situation der Beschäftigten in den Unternehmen ein. Die Arbeitsbedingungen geraten immer mehr unter Druck. Wesentliche Faktoren sind die hohe Arbeitslosigkeit (derzeit knapp 15%) sowie die 22.000 Zeitarbeiternehmer/Innen, Praktikanten, Ein-Euro-Jobber und Scheinselbständige. Und 67.000 Beschäftigte in Sachsen-Anhalt benötigen ergänzend Sozialleistungen, um ihre Existenz zu sichern. Die Einkommen im Niedriglohnbereich sind durchschnittlich von 5,48 Euro pro Stunde im Jahr 2006 auf heute 4,68 Euro gesunken.

Das alles hat nicht unerheblich dazu beigetragen, dass in immer mehr Unternehmen die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen systematisch verschlechtert wurden.

Die Wertschätzung für die Leistungen der Beschäftigten wird zunehmend ökonomisiert. Leistung soll aus Wettbewerbsgründen so billig wie nur möglich sein. Die Beschäftigten in unserem Land sind aus meiner Sicht zunehmend zu einer ökonomischen und wirtschaftlichen Manövriermasse geworden. Nicht wenige erfahren keine Anerkennung und Würdigung der Leistungen im Arbeitsprozess.

Das alles erhöht den Druck im Arbeitsprozess und macht vielen Menschen Angst.

Existenzängste haben sich festgesetzt!

Im Ergebnis werden Menschen, die sich ständig unter Druck gesetzt fühlen, krank und leistungsunfähig. Einer Studie zufolge musste bereits jeder 5 Beschäftigte einen Psychologen aufsuchen.

Darunter leiden Kreativität und Produktivität in der Arbeit. Und das wiederum schadet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unseres Landes. Hier ist schneller Handlungsbedarf erforderlich. Ein erster Schritt könnte sein, dass geltendes Recht für Arbeitnehmer konsequent umgesetzt wird. Dazu gehört für mich das Betriebsverfassungsrecht mit allen Regelungen, durch die Arbeitnehmer entsprechenden Schutz erhalten, insbesondere die Garantie für die Wahl von Betriebsräten. Die Koalitionsfreiheit sollte ebenso in allen Unternehmen umgesetzt werden wie Tarifverhandlungen und Tarifabschlüsse, auch bedingt durch viele Gewerkschaftsmitglieder vor Ort. Das wäre wirklich ein wichtiger Schritt.

Als nächstes großes Projekt bereitet unsere AG für Anfang 2009 eine Konferenz mit Betriebs- und Personalräten vor. Hier wollen wir über die Anforderungen der Gewerkschaften, der Betriebs- und Personalräte an eine linke Politik in Sachsen-Anhalt beraten. Wir werden weiter berichten!

Edeltraud Rogée

Landessprecherin AG b&g-Sachsen-Anhalt



Kontakte

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt info@barbara.borchardt.de
Susanne Danowski su.dan@online.de
Hasso Ehinger ehinger.hasso@web.de
Gerald Kemski gerald.kemski@t-online.de
Heidi Kloor heidi.kloor@googlemail.com
Mike Lätzsch Konfliktcontor@aol.com
Marko Röhrig attaci@gmx.de
Sabine Wils Sabine.Wils@hamburg.de

Gewerkschaftspolitische SprecherInnen der Partei DIE LINKE

Heidi Scharf heidi.scharf@die-linke.de
Michael Schlecht michael.schlecht@die-linke.de

Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Werner Dreibus werner.dreibus@bundestag.de

Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE

Ansprechpartnerin für für die AG Betrieb & Gewerkschaft
Jutta Nitsche jutta.nitsche@die-linke.de

Landes-AGen

Baden-Württemberg

Stefan Dreher mail@stefandreher.de

Bayern

betriebundgewerkschaft@die-linke-bayern.de

Berlin

ag.bug@die-linke-berlin.de

Brandenburg

Susanne Danowski su.dan@online.de

Bremen

Ingo Tebje itebje@uni-bremen.de
Werner Fey sputnik-syndikat@arcor.de

Hamburg

Elisabeth Baum baum-aecp@superkabel.de
Regine Brüggemann REGINE-BRUEGGEMANN@t-online.de

Hessen

Renate Bastian bastian.renate@gmx.de
Hermann Schaus schaus4@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Jörg Böhm j.boehm@gmx.de

Niedersachsen

Agnes Hasenjaeger h.agnes@gmx.de
Manfred Sohn Drmaso@t-online.de

Nordrhein-Westfalen DIE_LINKE.AG@betriebundgewerkschaft-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Martin Klein roterwanja@aol.com

Saarland

Gabriele Ungers gabriele.ungers@web.de

Sachsen

Petra Mißbach Petra.Missbach@t-online.de
Karl Friedrich Zais wkb.zais@t-online.de

Sachsen-Anhalt

Edeltraud Rogee edeltraud.rogee@t-online.de

Schleswig-Holstein

Ernst Molkenthin ErnestoPrimero@aol.com
Meenhard Smit smit-meenhard@foni.net

Thüringen

Sandro Witt sandro.witt@gmx.net

Termine

Bundestreffen

27.-28.09.08 in Würzburg

22.-23.11.08 in Fulda

In den Ländern

04.07.08 in Berlin

18 Uhr Sommerfest der
LAG im Innenhof des
Karl-Liebknecht-Hauses
mit Filmvorführung,
Diskussion und Gegrilltem

08.07.08 in Bremen

19 Uhr Doventorstr. 4
Konstituierung der LAG

10.07.08 in Leipzig

19 Uhr im Liebknecht-Haus
Treffen der Leipziger AG

13.09.08 in Dortmund

11 Uhr Landestreffen

Impressum

„betrieb&gewerkschaft
Intern“ wird an alle Aktive
der AG verschickt. Nament-
lich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion
wieder.

Partei Vorstand
DIE LINKE.
AG Betrieb & Gewerkschaft
Kl. Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Tel. 030/2 4 009 673
Fax 030/ 24 009 480
E-mail: ag.bg@die-linke.de

Redaktionsschluss:
27.06.2008

Verantwortlich:
BundessprecherInnenrat
DIE LINKE.
AG Betrieb & Gewerkschaft